

4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr  
der Stadt Speyer am 15.06.2010

---

**Gegenstand: Niederschrift vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Roland Kirsch nach der Gemeindeordnung als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses.

#### 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

der Stadt Speyer am 15.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand: Luftqualität in Speyer, Ergebnisse des Zentralen Immissionsmessnetzes sowie eines Sondermessprogrammes an der Bundesstraße 9**  
**Vorlage: 0253/2010**

Herr Dr. Weißenmayer, Referatsleiter des LUWG, berichtet über das Zentrale Immissions-Messnetz in Rheinland-Pfalz (ZIMEN) und die Messstation in Speyer am St.-Guido-Stifts-Platz. Des Weiteren referiert er über das Sondermessprogramm an der B 9, Gemarkung Speyer, das von August 2008 bis August 2009 hinsichtlich Feinstaub (PM10) und Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) stattgefunden hatte.

Die Messergebnisse und Vergleiche mit den Werten von ZIMEN zeigten, dass überwiegend regionale und überregionale Einflüsse (Meteorologie) verantwortlich für Schwankungen sind. Auf Nachfrage von Herrn Wierig erklärte Herr Dr. Weißenmayer, dass die Messwerte von Speyer keine Grenzwerte überschreiten.

Herr Czerny bittet den Referenten um Angaben zur Luftqualität in der Kopfhöhe von Kleinkindern (1 m) und zu PM<sub>2,5</sub>.

Herr Dr. Weißenmayer berichtet, dass es seit zwei Jahren bezüglich PM<sub>2,5</sub> in Rheinland-Pfalz 11 Messstationen gebe, allerdings würde dieser Wert in Speyer nicht gemessen werden, da hier die Messstation bereits voll sei.

Erfahrungswerte an vergleichbaren Messstellen hätten gezeigt, dass der Wert von PM<sub>2,5</sub> quasi dem PM<sub>10</sub>-Wert multipliziert mit dem Faktor 0,7 entspreche.

In der Höhe von 1 m über dem Boden seien sicherlich höhere Konzentrationen von Schadstoffen vorhanden.

Die Vorgaben würden allerdings besagen, dass in 1,50 m bis 4 m Höhe gemessen wird.

Herr Roßkopf und Herr Funk erkundigen sich, ob die hohen PM<sub>10</sub> - Werte im Januar unter anderem von Festbrennstofföfen in privaten Haushalten verursacht worden sind und ob eine Tendenz zur wachsenden Anzahl von Festbrennstofffeuerungen in Privathaushalten erkennbar sei.

Der Referent bestätigte diese Vermutungen. Daher sei bereits in der 1. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Kleinf Feuerungsanlagenverordnung) ein Grenzwert für Feinstaub eingeführt worden.

Der Vorsitzende bemerkt abschließend, dass laut einer Veröffentlichung des Umwelt-Bundesamtes die Feinstaub-Belastung aus Kleinf Feuerungsanlagen von Privathaushalten bereits ebenso hoch sei wie die Verschmutzung durch Emissionen des Straßenverkehrs.

#### 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

der Stadt Speyer am 15.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

---

**Gegenstand: Planfeststellungsverfahren zur westlichen Erweiterung der Rohstoffgewinnung "Deutschewühl", Vorstellung der Antragsunterlagen durch Herrn Dipl.-Ing. Gunter Nied  
Vorlage: 0254/2010**

Der Geschäftsführer im Bereich der Baustoffe des Antragstellers, Fa. Wolff + Müller Bauunternehmung, erhält das Wort, stellt den Betrieb vor und begründet den Antrag zur Erweiterung der Kiesausbeute.

Herr Dipl.-Ing. Nied erläutert die möglichen Auswirkungen der Erweiterung der Kiesausbeute auf die einzelnen Schutzgüter.

Herr Wierig erkundigt sich nach dem Stand des Verfahrens und der Durchführung eines Scoping-Termins.

Frau Bösel erwähnt, dass die Einwendungsfrist bis 18. Juni läuft. Bisher gingen 8 Einwendungen ein, allerdings würden keine grundsätzlichen Bedenken geltend gemacht, vielmehr würde es sich um Auflagen für die Durchführung handeln, z.B. von den Stadtwerken. Ein Scoping-Termin wurde durchgeführt.

Herr Hoffmann fragt, ob sich die Emissionsfahne des Grundwasserschadens der Fa. Siemens mit der Erweiterungsfläche der Kiesausbeute überschneiden würde.

Frau Kruska erklärt, dass es keine direkte Überschneidung gebe. Im Rahmen der raumordnerischen Prüfung wurde zur Auflage gemacht, dass diese Frage von den Fachbehörden (Träger der öffentlichen Belange) vertieft zu prüfen sei.

#### 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

der Stadt Speyer am 15.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

---

**Gegenstand: Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Speyer -  
Sachstandsbericht durch das Steinbeis-Transferzentrum Energie-,  
Gebäude- und Solartechnik, Stuttgart  
Vorlage: 0251/2010**

Herr Dipl.-Ing. Broll, Steinbeis-Transferzentrum Energie-, Gebäude- und Solartechnik präsentiert den aktuellen Stand des Klimaschutzkonzeptes.

Herr Ritter ergänzt, dass dieser Plan in Kürze auf der homepage der Stadt zu finden sei.

Herr Wierig bemerkt, dass private Hausbesitzer nach seiner Meinung große Einsparpotentiale bezüglich CO2 hätten, allerdings würde es an Beratung fehlen und die Realisierung sei bei den Hausbesitzern mit großen Investitionen verbunden.

Der Referent erklärt, dass Beratungsmöglichkeiten durch die Stadtwerke, die Verbraucherzentrale und die IHK vorhanden seien.

Eine neue permanente Anlaufstelle für private Hausbesitzer sollte eingerichtet werden.

Das Förderprogramm für Beratungskosten der Stadt sollte fortgeführt werden.

Herr Czerny fordert, dass die im Gutachten erwähnten Ziele tatsächlich umgesetzt werden.

Des Weiteren sollten die Fraktionen in die Aufstellung des Konzeptes eingebunden werden.

Herr Ritter bemerkt, dass die Besprechung mit den Fraktionen vor Vorlage in den Gremien denkbar sei.

Das Konzept soll noch dieses Jahr beschlossen werden, um an die Fördermittel zu gelangen.

Im Anschluss sollen erste Schritte für die Umsetzung der Ziele unternommen werden.

#### 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

der Stadt Speyer am 15.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

---

**Gegenstand: Thermographieuntersuchung städtischer Gebäude, Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2010  
Vorlage: 0256/2010**

Der Vorsitzende bittet die Vertreter des Steinbeis-Transferzentrums, sich zu dem Thema zu äußern.

Herr Broll bemerkt, dass eine Thermographieuntersuchung für alle städt. Gebäude wenig sinnvoll sei. Vielmehr würde er eine solche Untersuchung nach einer durchgeführten Sanierung an einzelnen Gebäuden empfehlen, um Schwachstellen auszuschließen. Es sollten Details aufgenommen werden.

Herr Ritter ergänzt, dass für alle städtischen Gebäude jährlich ein Energiebericht vorgelegt wird und die Schwachstellen bekannt sind.

Er hält eine generelle thermographische Erfassung für wenig zielführend.

Herr Wierig erkundigt sich nach den Kosten für die Aufnahme eines Schulgebäudes.

Herr Broll erklärt, dass Kosten für die Aufnahme als solches und die Auswertung anfallen würden, schätzungsweise einige hundert Euro.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Antrag dahingehend zu modifizieren, dass Aufnahmen von einigen konkreten Gebäuden gefordert werden.

Herr Ritter ergänzt, dass die Grünen nach Vorlage des diesjährigen Energieberichts konkrete Vorschläge für Thermographieaufnahmen zu einzelnen Gebäuden machen.

Herr Czerny ist damit einverstanden.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung.

Dem geänderten Antrag stimmt der Ausschuss einstimmig zu.

#### **Beschluss:**

Nach Vorlage des diesjährigen Energieberichts wird die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen thermographische Aufnahmen von bestimmten Stellen einiger konkreter Gebäude fordern.

#### 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

der Stadt Speyer am 15.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

---

**Gegenstand: Verkehrsentwicklungsplan 2020 - Sachstandsbericht durch das Büro  
BS Ingenieure  
Vorlage: 0257/2010**

Herr Schäfer, Ingenieurbüro BS Ingenieure, führt aus, dass sich das Projekt derzeit in der Erhebungsphase befinde. Aus den Daten wird bis August ein Situationsbericht erstellt. Anschließend werden Ziele und Konzepte zu deren Erreichung erarbeitet. Im September 2010 soll die Verkehrsprognose vorliegen und die Bürgerbeteiligung stattfinden. Die Konzeption soll im Frühjahr 2011 vorliegen.

#### 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

der Stadt Speyer am 15.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

---

**Gegenstand: Strategie zur Förderung des Radverkehrs in Speyer**  
**Vorlage: 0258/2010**

Der Vorsitzende betont, dass das Konzept als Appell gedacht ist.

Herr Mossau stellt das Strategiepapier im Einzelnen vor.

Herr Czerny fragt sich, weshalb das Konzept Entfernungen unter 2 km nicht anspricht.

Herr Scheid stimmt zu, im Konzept keine Mindestentfernungen zu nennen.

Herr Czerny schlägt vor, das Konzept in einen zeitlichen Rahmen zu stellen.

Herr Scheid bemerkt, dass er bei der Vorstellung des Konzeptes im Stadtrat Vorschläge zur zeitlichen Umsetzung anbringen wird.

Herr Jung (Seniorenbeirat) möchte wissen, ob die 46. Novelle der StVO hinsichtlich der Radwege umgesetzt wird. Herr Jung fragt, ob die für Senioren sicheren Radwege erhalten bleiben.

Herr Scheid weist darauf hin, dass die 46. Novelle zur StVO derzeit außer Kraft ist wegen der Bedenken zur Haftungsfrage.

Herr Rudingsdorfer erklärt, dass den Radfahrern die Benutzung der Radwege freigestellt bleibt. Ein Rückbau von vorhandenen Radwegen wird nicht erfolgen, wenn überhaupt würden die blauen Radwegeschilder abmontiert. Der Radfahrer kann selbst entscheiden, ob er den Radweg benutzt oder auf der Fahrbahn fährt.

Herr Wierig fordert, dass die Sicherheit des Schülerradverkehrs im Konzept als Schwerpunkt hervorgehoben werden soll.

Herr Scheid sagt dies zu.

Bei der anschließenden Abstimmung wird das Konzept zur Förderung des Radverkehrs einstimmig angenommen.

#### **Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die als Anlage beigefügte Strategie zur Förderung des Radverkehrs in Speyer im Sinne eines künftigen Radverkehrskonzeptes für Speyer zu beschließen. Die Realisierung des Radverkehrskonzeptes steht unter Finanzierungsvorbehalt.

#### 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

der Stadt Speyer am 15.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

---

**Gegenstand: Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Bundesstraße 9 im Bereich Speyer**  
**Vorlage: 0259/2010**

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadt Ende April schriftlich durch den Staatssekretär des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Schweitzer, in Kenntnis gesetzt wurde, dass eine weitergehende Geschwindigkeitsbeschränkung auf 70 km/h für die B 9 im Bereich Speyer als Modellversuch nach § 45 Abs. 1 Nr. 6 StVO möglich sei.

Für die Umsetzung einer solchen Anordnung bedarf es der Anhörung und Zustimmung des Landesbetriebes Mobilität und des Polizeipräsidiums Ludwigshafen.

Am 21. Mai wurden beide Behörden angeschrieben, eine Antwort erfolgte bisher nicht.

Der Vorsitzende hatte sich vor der Sitzung telefonisch bei dem Ministerium und auch dem LBM nach dem Stand der Dinge erkundigt. Die beiden bearbeitenden Juristen haben Probleme, die Anordnung zur Geschwindigkeitsbeschränkung zu begründen.

Frau Spoden gesteht der Landesregierung ein Umdenken in dieser Angelegenheit zu. Lärmbelästigung wird durch Verkehrszählungen festgestellt. Es besteht ein Nachtfahrverbot für Lkw auf der B 9, dies senkt allerdings die Belästigung während des Tages nicht.

Der Abschnitt der B 9 im Bereich Speyer ist sehr stark von Schwerlastverkehr betroffen.

Frau Spoden fordert die Geschwindigkeitsbegrenzung, die Bemaßung für die B 9 und die bauliche Verbesserung.

Herr Funk möchte wissen, ob es im Rahmen des Modellversuchs Kontrollmechanismen geben wird.

Der Vorsitzende versichert dies.



#### 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

der Stadt Speyer am 15.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8.1

---

**Gegenstand: Parkregelung und Überquerungshilfe in der Wormser Landstraße -  
Schreiben der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: 0260/2010**

Herr Rudingsdorfer erklärt, dass im Dezember 2008 die verkehrsrechtliche Anordnung für die Herstellung der Überquerungshilfe und die Einführung von alternierendem Parken erging. Bei der Umsetzung der Anordnung war die Bauphase zur Verlegung der Fernwärmeleitung zu berücksichtigen.

Schließlich wurde im September 2009 die Überquerungshilfe eingebaut.

Bezüglich der Parkplätze sollen bis zum Ende der Verlegung der Fernwärmeleitung und dem Abschluss der Arbeiten an der Synagoge keine Parkplätze in der Wormser Landstraße entfallen. Bis dahin erfolgen nur sukzessive Veränderungen diesbezüglich.

Herr Rudingsdorfer ist der Meinung, dass sich die Parksituation bereits etwas verbessert hat.

#### 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

der Stadt Speyer am 15.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8.2

---

**Gegenstand: Antrag zur Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach § 7 WHG (§§8, 11 WHG neu) zur Entnahme und Wiedereinleitung von Kühlwasser zum Betrieb des Kernkraftwerkes Philippsburg, Block 1 u. zur Einleitung von Abwasser aus dem übrigen Betriebsbereich  
Vorlage: 0261/2010**

Herr Wierig erbittet Auskunft, weshalb die Einleitungsgenehmigung bis 5 Jahre nach Ablauf des Betriebs des AKW beantragt wurde.

Frau Kruska erläutert, dass dies dem Antrag nicht exakt zu entnehmen war. Vermutlich dient der 5-Jahres-Puffer dazu, die Abkühlphase des AKW bequem bewältigen zu können. Der Beendigungszeitpunkt der Laufzeit des AKW bleibt offen.

4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der  
Stadt Speyer am 15.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8.3

---

**Gegenstand: Einführung eines Bürgerbusses, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen vom 06.06.2010  
Vorlage: 0284/2010**

Herr Dr. Lorenz (Ratsmitglied) begründet den Antrag.

Herr Funk schlägt vor, die Idee eines Bürgerbusses sollte in den VEP eingebunden werden.

Herr Doerr bemerkt, dass für den Bürgerbus ein Konzept gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben (VBS) erarbeitet werden sollte.

Herr Dr. Lorenz weist darauf hin, dass Investoren gesucht werden müssten.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, den Rat bereits jetzt mit dem Prüfauftrag zu befassen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Verwaltung mit der Prüfung zur Einführung eines Bürgerbusses zu beauftragen.

**Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die Verwaltung die Möglichkeiten der Einführung so genannter Bürgerbusse prüfen zu lassen.

#### 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

der Stadt Speyer am 15.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8.4

---

##### **Gegenstand: Fahrradbeauftragter der Stadt Speyer**

Herr Czerny erkundigt sich, weshalb die Neubesetzung des Ehrenamtes des Fahrradbeauftragten nicht in Abstimmung mit den Fraktionen erfolgte und dieser Ausschuss über die Neubesetzung nicht informiert wurde.

Herr Scheid erklärt, dass der bisherige Fahrradbeauftragte Herr Ofer bei der erstmaligen Besetzung des Ehrenamtes noch Mitarbeiter der Stadt war. Herr Ofer hatte aus gesundheitlichen Gründen um kurzfristige Entbindung von dieser Aufgabe gebeten. Gleichzeitig hatte Herr Ofer einen Vorschlag für die Neubesetzung gemacht.

Die Neubesetzung war eine Entscheidung der Verwaltung in Abstimmung mit dem ADFC.

Das Ehrenamt des Fahrradbeauftragten nimmt Herr Karl-Heinz Hepper wahr.

Herr Hepper wird zur nächsten Sitzung eingeladen und auch zu den künftigen Sitzungen mit Fahrradbelangen.

4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr  
der Stadt Speyer am 15.06.2010

4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr 15.06.2010 **Frank Scheid**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!